

September 2006

Der Beschluss des Europäischen Rates vom 15. Juni dieses Jahres, die Phase der Reflexion über das Problem der institutionellen Reformen bis 2008 auszudehnen, ist eine weitere Bestätigung dafür, dass die durch die eigenen inneren Widersprüche gelähmte Europäische Union immer handlungsunfähiger wird. Selbst die drängenden Herausforderungen, die sich aus der sich ständig verschlechternden internationalen Lage ergeben - wodurch auch die vitalen Interessen unseres Kontinents bedroht werden - , können die Europäische Union nicht aufrütteln und sie dazu veranlassen, angemessene Handlungsinstrumente zu entwickeln; auch der israelisch-libanesischer Konflikt hat einmal mehr gezeigt, wie jeder einzelne Staat seine eigene begrenzte nationale Politik verfolgt und sich dabei höchstens um die Zusammenarbeit mit den anderen europäischen Partnern bemüht.

Angesichts dieser strukturellen Schwäche können sich die vorgeschlagenen Lösungen, wie die Schaffung des so genannten "Europas der Projekte" oder "Europas der Ergebnisse" oder auch die *escamotages*, die darauf abzielen, den Verfassungsvertrag in Kraft treten zu lassen, in keiner Weise als wirksam erweisen. Die Fakten werden es erneut deutlich machen: der Europäischen Union wird es irgendwie gelingen, sich mit den in der so genannten Verfassung vorgesehenen neuen institutionellen Mechanismen auszustatten, danach wird sich an ihrer Funktionsweise substantiell nahezu nichts ändern; ebenso wenig wird es ihr gelingen, entscheidende Fortschritte im Hinblick auf das "Europa der Ergebnisse" zu erzielen, und zwar nicht so sehr, weil keine "Regeln" bestehen, sondern vielmehr, weil es auf europäischer Ebene keine Gewalt gibt, die gegenüber den nationalen Gewalten wirklich souverän und unabhängig und in der Lage wäre, die angemessenen Entscheidungen zu treffen und diese umzusetzen.

Häufig werden die Misserfolge oder die Tatenlosigkeit der Europäischen Union dem mangelnden "guten Willen" der einzelnen Mitgliedsländer zugeschrieben. Die Geschichte lehrt uns jedoch, dass dies niemals das einzige Problem in einer Organisation von Staaten ist. Nehmen wir den Fall der Vereinigten Staaten von Amerika. Heute kann der belgische Premierminister Verhofstadt, indem er einen Vergleich zwischen den USA und der EU anstellt, Folgendes feststellen: "..... es genügt, den Versuch zu unternehmen, sich die Vereinigten Staaten von Amerika mit einer einheitlichen Währung, nämlich dem Dollar, und mit einer Zentralbank, nämlich dem Federal Reserve Board, jedoch mit einer in sämtlichen fünfzig Staaten unterschiedlichen Sozial- und Wirtschaftspolitik vorzustellen. 'Unmöglich', würden wir sagen. Nun, diese unmögliche Situation müssen wir auf EU-Ebene oder zumindest in der Euro-Zone jeden Tag erleben". Aber - muss man sich weiter fragen - was ist es, das den Vereinigten Staaten eine einheitliche Ausrichtung ihrer Sozial- und Wirtschaftspolitik ermöglicht? Der "gute Wille" der Staaten oder die Existenz einer kontinentalen Föderalgewalt? Aus welchem Grund waren die dreizehn amerikanischen Kolonien ungeachtet der Regeln der *Articles of Confederation* in die Spirale einer sich ständig verschlimmernden Krise geraten, wohingegen es ihnen nach der Gründung der Föderation gelungen ist, die Probleme anzupacken und zu lösen?

Tatsache ist, dass es Europa heute an einer auf föderaler Grundlage gestalteten wirklichen staatlichen Gewalt mangelt. Der Aufbau Europas ist nunmehr an einem Scheideweg angelangt, und es ist nicht nur ein Irrtum, sondern geradezu gefährlich, sich der Vorstellung hinzugeben, dass auf dem Weg der alten Gemeinschaftsmethode Fortschritte erzielt werden können. Die Gemeinschaftsmethode hat eine tief greifende wirtschaftliche Integration ermöglicht, indem sie für das nationale Handeln der Mitgliedsländer bindende Regeln und Politiken festlegte; gleichzeitig stützt sie sich jedoch letztendlich auf die Souveränität der Staaten. Damit wird die Möglichkeit blockiert, einheitliche Politiken in all jenen Bereichen zu entwickeln, in denen die Entscheidungen ausschließlich von einer unmittelbar durch die Bürger legitimierten Gewalt getroffen werden können. Im Gemeinschaftsrahmen, in dem die Zustimmung der Bevölkerung sich auf einzelstaatlicher Ebene herausbildet, sind eine

einheitliche europäische Sozial- und Wirtschaftspolitik, Steuerpolitik sowie Außen- und Sicherheitspolitik strukturell undurchführbar. Aber gerade dieser Widerspruch ist die Wurzel des wachsenden Unbehagens der öffentlichen Meinung an der Europäischen Union. Einerseits wird die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der verschiedenen Länder in vielen Fällen als das Ergebnis einer keiner demokratischen Kontrolle unterliegenden "Bürokratie" empfunden; andererseits hindert das Fehlen europäischer Politiken in den Schlüsselbereichen die Union daran, den Erfordernissen der Bürger nachzukommen und ein Maß an Sicherheit, Wohlergehen und Lebensqualität zu gewährleisten, das die Bürger im derzeitigen globalen Umfeld zu Recht als bedroht empfinden.

Dass das Gemeinschaftsmodell zu diesen Widersprüchen führen musste, war bereits in der Annahme dieses Modells angelegt; es sollte in der Tat eine Übergangsphase bilden, um das Ziel der politischen Union vorzubereiten. Seine Initiatoren - ausgehend von Monnet - waren sich der Tatsache bewusst, dass es *das Instrument* war, um die Widerstände der Regierungen und der Staaten gegen die Übertragung von Kompetenzen und Machtbefugnissen zu umgehen, dass es das Problem der Übertragung der Souveränität von der nationalstaatlichen auf die europäische Ebene jedoch nicht lösen konnte. Nach der Einführung des Euro - dem letzten möglichen Schritt im Rahmen der stufenweisen Integration - hat sich gezeigt, dass das Gemeinschaftsmodell sich als Instrumentarium nicht mehr eignet und *ein Hindernis* für die Verwirklichung des Europäischen Bundesstaates geworden ist.

Gegenwärtig ist es auch nach der Erweiterung möglich, mit der Gemeinschaftsmethode und demzufolge mit den Institutionen, die diese hervorgebracht hat, sowie mit den Entscheidungsmechanismen, die sie voraussetzt, die schrittweise Integration der neuen Mitgliedstaaten und das Zusammenleben mit all denen, die nicht über die Vision eines "wirtschaftlichen" Europas hinausgehen wollen, zu verwalten. Glaubt man jedoch wirklich an die Existenz eines politischen Europas, so muss man diesen Weg verlassen und den Mut haben, zur Kenntnis zu nehmen, dass jedweder Kampf für die Europäische Föderation im Rahmen der derzeitigen Institutionen der Union ein verlorener Kampf ist. Die Entscheidungsmechanismen selbst sind es, welche die Verabschiedung von Reformen im föderalen Sinn verhindern, weil sie bewirken, dass deren Billigung von der Zustimmung oder auch von einem Vetoverzicht der Staaten abhängig ist, die solche Reformen entschieden ablehnen. Wer auch immer an dem bestehenden europäischen Rahmen als Bezugspunkt festhält, ist daher gezwungen, Vorschläge zu unterbreiten, die sich de facto als nicht zielgerichtet oder absolut unwirksam erweisen. Die einzige Möglichkeit, das politische Europa zu verwirklichen, besteht darin, die Logik der kleinen Schritte aufzugeben, die auf die Möglichkeit setzt, dass die Union sich schrittweise entwickeln und verstärken kann, und sich statt dessen das Ziel zu setzen, außerhalb der geltenden Verträge ausgehend von den Gründerstaaten - *in erster Linie* Frankreich, Deutschland und Italien - zusammen mit allen anderen, die von Beginn an beitreten möchten, einen Bundesstaat zu gründen. Der Versuch, die gemeinschaftlichen und zwischenstaatlichen institutionellen Mechanismen der Europäischen Union zu verbessern, kann sich nur dann als nützlich erweisen, wenn man sich vor allem des Umstands bewusst ist, dass das einzige Ziel, das man verfolgt, darin besteht, den Versuch zu unternehmen, das Europa der 25 besser zu verwalten (das strukturell keine politische Berufung haben kann), und wenn man die Tatsache anerkennt, dass das gesamte Gebäude der Union - um zukunftsfähig zu sein - am föderalen Projekt der Gründerväter festgemacht werden muss und dass dieses Projekt zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur von einer Vorhut von Staaten verfolgt werden kann.

Für die Parteien und die Regierungen, die die Einheit Europas wollen, geht es demzufolge darum, eine Unterscheidung zu treffen zwischen der Teilnahme am Leben der Union und an ihren Institutionen - es ist richtig, sich daran zu beteiligen, auch wenn man anerkennen muss, dass eine konföderale Logik ihre Funktionsweise bestimmt - sowie der Aktion zur Wiederbelebung des europäischen Projekts auf föderaler Grundlage. Nur wenn man die beiden Bereiche voneinander trennt, lässt sich die Art der Schwierigkeiten beurteilen, die das derzeitige europäische Umfeld lähmen, und können die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, damit Europa den Sprung hin zur Föderation schafft.

Publius

Unter der Federführung der Stiftung Mario und Valeria Albertini

Editrice EDIF Onlus, via Volta, 5 - I-27100 Pavia - E-mail: publius@euraction.org
Direttore responsabile Elio Cannillo - Autorizzazione Tribunale di Pavia n. 574 del 9 settembre 2002
Stampatore PIME SRL, Pavia - Poste Italiane s.p.a., Spedizione in Abbonamento Postale D.L. 353/2003
(conv. in L. 27/02/2004 n. 46) art. 1, comma 2, DCB Pavia
www.euraction.org